

Atom ist ein Auslaufmodell

Autor: **SP Schweiz**
 Bearbeitet: 23.02.2007 durch HN

Mediencommuniqué der SP Schweiz

Auch die Schweiz muss auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien setzen
«Der Bundesrat hat beschlossen, nebst der Förderung der Energieeffizienz und erneuerbaren Energien, auf die Karte Atom zu setzen. Für die SP Schweiz sind neue AKW inakzeptabel. Atom ist ein teures und gefährliches Auslaufmodell. Dessen ist sich auch die Bevölkerung bewusst, die über neue AKW entscheiden wird. Darum wird das bundesrätliche Bekenntnis zur „Notwendigkeit Atom“ realpolitisch folgenlos bleiben.
Die Mehrheit der Schweizer/innen wollen keine neuen AKW sondern endlich Taten statt Worte für mehr Energieeffizienz und die Förderung von erneuerbaren Energien», erklärte heute SP-Fraktionspräsidentin Ursula Wyss an einer Medienkonferenz.
Bei der Sonderdebatte zur Energie vom 21. März, beim Stromversorgungsgesetz sowie bei der CO2-Abgabe hat das Parlament bereits in der Frühjaressession die Gelegenheit, wegweisende Entscheide für eine nachhaltige Energiepolitik zu treffen.
Die SP appelliert an CVP und FDP, mit ihren ökologischen Wahlversprechen Ernst zu machen und die entsprechenden Vorstösse zu unterstützen. Weiter gehende Schritte fordert die SP Schweiz mit ihrem neuen 10-Punkte-Programm.

Die Zahl der Atomreaktoren sinkt, der Marktanteil ebenfalls, erklärte Nationalrat Rudolf Rechsteiner. Um diese Fakten zu vertuschen, startet die Atomlobby eine neue PR-Offensive, sekundiert von den bürgerlichen Parteien: «Ohne AKW gehen die Lichter aus», lautet der nicht ganz neue Erpressungsversuch. Die Situation ist aber heute ganz anders als zu Kaiseraugst-Zeiten. Die Schweiz ist ab 2008 zu 100 Prozent in den europäischen Strommarkt integriert. Dieser wird aus verschiedenen Quellen gespeist – darunter Windenergie. Hunderte von Windfarmen stehen in Planung, Bau oder Betrieb. 2006 sind 15'000 MW neue Windkraft in Betrieb genommen worden, gegen 1'050 MW Atomenergie. Wind wird in 10 Jahren Atom überholt haben. Die SP setzt deshalb auf erneuerbare Energien wie Wind, Solar und Biomasse. Sie verlangt eine kostendeckende Vergütung auch für Windstromimporte, den Netzausbau, den Ersatz der herkömmlichen Öl- und Gasheizungen durch Hybridheizungen (WKK), Wärmepumpen und andere erneuerbare Energien.

Bis 50 Prozent Energieeinsparung bei der Sanierung von Gebäuden

In der Sanierung von Gebäuden liegt eine Energieeinsparung von 40 bis 50 Prozent und ein riesiges Potenzial an CO2-Reduktion, erklärte UREK-Präsidentin Barbara Marty Kälin. Dabei sind heute Bauten, die ohne Fremdenergie auskommen oder gar Energie liefern, technisch problemlos machbar, die Erstellungskosten sind nur knapp höher. Um diese Entwicklung zu fördern, braucht es regulatorische Massnahmen. Die SP fordert für Neubauten ab sofort Minergie-Standard, ab 2012 Minergie-P. Nachhaltige Energiepolitik ist Klimapolitik und gleichzeitig Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, betonte Marty: In Deutschland beispielsweise hat der Energiesektor heute deutlich mehr Beschäftigte in den erneuerbaren als in den «alten» Energien. (150'000 vs. 107'000 Personen). Dieses Potenzial ist auch bei uns vorhanden.

Noch viel zu viele stromfressende Geräte

Trotz Energieetiketten weisen ca. 50 Prozent der verkauften Haushaltgeräte einen hohen Stromverbrauch aus (Kat. C und D), sagte Nationalrätin Doris Stump. Die SP fordert gesetzliche Vorgaben für den maximal zugelassenen Stromverbrauch bei Geräten der Unterhaltungselektronik und der Informationstechnologie sowie bei Haushaltgeräten (inkl. Standbyverbrauch), die neu auf den Markt gebracht werden. Das kann auch den obligatorischen Einbau einer Abschaltautomatik beinhalten. Die Informationskampagnen sollen weiter geführt und intensiviert werden.

Statt um 8 Prozent zu sinken, wie es das CO₂-Gesetz vorsieht, hat der CO₂-Ausstoss des Strassenverkehrs um mehr als 9 Prozent zugenommen. Es müssen jetzt verbindliche Massnahmen getroffen werden, sagte Nationalrat Roger Nordmann. Im Vordergrund stehen eine CO₂-Abgabe auf Treibstoffen (CHF 70.-/Tonne); sie wird der Bevölkerung und den Unternehmen rückerstattet. Dann muss ein Bonus-Malus-System beim Import von Autos mit einer absoluten Messgrundlage realisiert werden. Die kantonalen Motorfahrzeugsteuern sollen drittens in Abhängigkeit der Emissionen pro Kilometer gestaltet werden. Weiter drängt sich eine Übernahme des europäischen Entscheids auf, den CO₂-Ausstoss von Neuwagen auf 130 g/km (= 5 l/km) zu begrenzen.



© Copyright by SP-Bottmingen and NeLe™ New Learning, Hugo Neuhaus-Gétaz. All rights reserved.

